



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, George: Russische Briefe. 2

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aufgabe für alle, die sich noch zum Mittelstand und Bürgertum in Deutschland zählen, als die gemeinsame Abwehr des politischen, gesellschaftlichen und gewerblichen Drucks, den die Massen der Sozialdemokratie ausüben, und dem nur durch einen ebenso geschlossenen Widerstand begegnet werden kann. Daß ein solcher Zusammenschluß überhaupt nur unter der alten Devise der Nationalliberalen: Für Kaiser und Reich! möglich ist, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.



Russische Briefe

Von George Cleinow

2



ank der Wahltaktik der konstitutionell-demokratischen Partei fiel die Zusammensetzung der ersten russischen Volksvertretung so aus, daß folgenschwere Zusammenstöße mit den Vertretern der Regierung von vornherein unvermeidlich erschienen. Daß die Duma oppositionell war, ist dabei durchaus nicht als Fehler gedacht. Nach Lage der Dinge in einem sich neu formierenden Staate muß meines Erachtens die erste Volksvertretung — will sie wirklich reformierend wirken — immer oppositionell gegen ein aus dem alten Staatsorganismus übernommenes Kabinett sein. Dabei muß es gleichgiltig sein, ob das Kabinett reaktionär oder fortschrittlich ist. Denn erst aus den fortgesetzten Reibungen zwischen Kabinett und Parlament können sorgsam durchdachte und durchgearbeitete Gesetze entstehen. Natürlich muß von beiden Seiten der Ausweg sachlich gesucht werden. In unserm Falle zählte das Kabinett Vertreter der schärfsten Reaktion wie den Ackerbauminister A. S. Stischinski und Liberale wie den Justizminister Stscheglowitow zu seinem Bestande. Der Ministerpräsident S. L. Goremykin war durchaus farblos. Die Hauptaufgabe des ersten russischen Parlaments bestand demnach nicht in der Beseitigung des Kabinetts, sondern in dessen Ausnutzung, um die im Manifest vom 17. (30.) Oktober 1905 dem Lande zugedachten Segnungen ins Leben einzuführen und sicherzustellen. Das Kabinett Goremykin war anfangs unter dem Drucke der moskowitzischen Reaktion geneigt, sich der Anschauung anzuschließen, als sei durch jenes Manifest mehr gegeben worden, als einer gesunden Entwicklung des russischen Gesamtstaats zuträglich wäre. Diese Anschauung fand zuletzt maßgeblichen Ausdruck in dem kurz vor Zusammentritt der Duma veröffentlichten Staatsgrundgesetz (dessen Text findet sich in meinem Buche: „Aus Rußlands Not und Hoffen“, S. 290 bis 305). Während aber die Regierung den Anschein erweckte, als wolle sie nicht recht an das Manifest herangehn, trieb die Mehrheit in der Duma offenkundig weit darüber hinaus, ja unter dem Einfluß der Republikaner wurden auch

solche alte Forderungen als belanglos bezeichnet, derentwegen noch wenig Monate vorher Hunderttausende von Arbeitern zum Generalstreik gezwungen worden waren und der Dezemberaufstand in Moskau ausgebrochen war, zum Beispiel das allgemeine Wahlrecht! Aus diesen Widersprüchen konnte nur eine starke, arbeitsstüchtige Mittelpartei hinausführen, die es verstand, mit den Regierungsvertretern zu handeln. Eine solche gab es nicht, nachdem der „Verband vom 17. Oktober“ bei den Wahlen unterlegen war. Die als Mittelpartei bezeichneten konstitutionellen Demokraten waren es tatsächlich nicht, weil sie sich einem viel zu radikalen Programm unterworfen hatten. Ihre Führer durften sich darum auch nicht als Führer einer Kompromißpartei hinstellen. Der ihnen zugefallenen Aufgabe dem Lande gegenüber waren sie trotz ihres großen Vermögens an Bildung und geistigen Fähigkeiten nicht gewachsen. Infolge der falschen Auffassung ihrer Stellung gingen der Partei die zur Politik notwendigen Haupteigenschaften verloren, nämlich: Mut, Offenheit und daraus resultierend Selbständigkeit.

* * *

Wie sah es nun in der Duma aus?

Eine genaue Angabe über die Zugehörigkeit aller Abgeordneten zu der einen oder der andern Partei ist mir auch heute nicht möglich und wird wohl kaum je möglich sein. *) Engere, kleinliche Parteiinteressen sind in der Duma nicht zur Sprache gekommen, und nicht alle Parteien haben geschlossene Parlamentsfraktionen gebildet. Viele Abgeordnete, wie die Anarchisten, haben ihre Zugehörigkeit zu dieser politischen Organisation möglichst geheim gehalten. Andererseits ist über die Kardinalfrage, nämlich die Zerlegung Rußlands in eine Anzahl autonomer Staaten, wie auch über die Frage der Abschaffung der Monarchie überhaupt, in öffentlicher Sitzung nicht abgestimmt worden. Nur bei der Redaktion der Antwort auf die Thronrede kam die Grenzländerfrage zur Sprache und fand in der Adresse folgende Erledigung: „... die Reichsduma bemüht sich um weite Erfüllung dieser berechtigten (nationalen) Wünsche.“ Dennoch halte ich mich auf Grund meiner Beobachtungen auf Parteitag und während des Wahlkampfes, die ich reisend im größten Teile Rußlands anstellen konnte, berechtigt, diese Frage als Probierstein für die allgemeine politische Stellung der Abgeordneten anzuwenden. Was die sozialistischen Parteien anlangt, bedarf es wohl kaum eines Nachweises dafür, daß sie in Theorie und Praxis republikanisch sind. Das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie ist bei den meisten Gruppen der Grundstock der Parteiprogramme. Über die Stellung der konstitutionellen Demokraten nur ein Wort. In der auf dem dritten Parteitage zu St. Petersburg Ende April ausgearbeiteten

*) Die in russischen Blättern wie Duma, Eschenbjelmit, St. Petersburgskija Wjedomosti gemachten Mitteilungen sind noch unvollständiger als die meinigen.

Instruktion für die Parlamentsfraktion finden wir in Paragraph 1 die Aufgaben der Parlamentsfraktion im Anschluß an die Bestimmungen des Parteiprogramms zusammengestellt mit dem Schluß: „... Erfüllung der gerechtfertigten nationalen Forderungen.“ Als „gerechtfertigte nationale Forderung“ hat die Partei aber auch die Autonomie Polens und der Kaukasusländer mit eigener parlamentarischer Vertretung, nach Maßgabe des örtlichen Bedürfnisses, anerkannt. Gerade hierdurch hatte sie auch die Nationalern als auch konservativen Kreise aus den genannten Gebieten während der Wahlen für sich gewonnen. Die Polen besonders haben sich nicht lange besonnen, als ihnen der Röder hingehalten wurde. Sie, die eingefleischten Antisemiten, haben den Fürsten Druzkoj-Ljubekoj in den dritten Kadettentag geschickt und ihn eine lange Rede wider die Antisemiten halten lassen. Zur Belohnung dafür wurde in Kijew ein polnischer Edelmann in die Duma gewählt. Paragraph 2 der Instruktion droht, die Partei würde es im Kampfe um die angegebenen Ziele sogar auf einen Bruch mit der Regierung ankommen lassen, nur würde sie Sorge tragen, daß die Verantwortung dafür nicht auf die Partei sondern auf die Regierung fielen. Nach den Reden, die auf dem dritten Parteitage gehalten wurden, ist dieser Passus so aufzufassen, daß die Kadetten bereit sein werden, hinter den Revolutionären zu stehen, wenn der Augenblick gekommen sein wird. Die Sozialisten haben damals — im April 1906 — diese Instruktion lau und unaufrichtig genannt. Das war sie auch. Denn die Kadetten wollten sich für jeden Fall den Weg frei halten, um Einfluß auf die jeweilige Regierung zu gewinnen, sei sie nun eine bürgerliche oder eine proletarische; mit einer bürokratischen glaubten sie nicht mehr lange rechnen zu müssen.

Standen nun aber die Dinge in der Duma so, daß die Kadetten eine solche Politik zu treiben berechtigt waren?

Die Parteizugehörigkeit der einzelnen Abgeordneten habe ich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit nur für 408 von 450 erkundeten Abgeordneten feststellen können. (Im ganzen waren gegen 500 Abgeordnete vorhanden. In meiner Aufstellung konnten unter anderm gegen 25 Sibirier und Kaukasier nicht berücksichtigt werden, wie auch einige Polen und Letten, die erst lange nach der Eröffnung der Duma in Petersburg eintrafen.)

Im allgemeinen betrachtet gab es in der Duma zwei große Grundströmungen: die stärkere sozialistische (A) mit 262 Vertretern und die viel schwächere russisch-nationalistische, die ich unter Berücksichtigung der Anschauungen ihrer theoretischen Leiter außerhalb der Duma die slawjanophile (B) nennen darf, mit 80 Vertretern. Beide Richtungen treffen sich dort, wo die pessimistische Auffassung des sozialen Kulturzustandes des russischen Volks einerseits die Slawjanophilen zu Freunden einer Zerlegung Rußlands in wirtschaftlich selbständige Gebiete macht, und wo sich andererseits nationale Sonderwünsche einzelner Völkerschaften, wie Polen, Letten, Litauer, Armenier, Juden und Tataren, solcher Auffassungen bedienen, um für die einzelne Nationalität Vor-

teile herauszuschlagen, ohne dabei selbst Sozialisten sein zu müssen. Die Polen vertraten zum Beispiel in ihrer Mehrzahl durchaus konservative Anschauungen. Für diese Gruppe Autonomisten (C) konnten 66 Mitglieder festgestellt werden.

Die Verteilung der 408 Abgeordneten auf die hauptsächlichsten Parteien ist folgende: Zu A. Die konstitutionellen Demokraten mit 120,*) Bauernbund 29, Sozialrevolutionäre 24, Sozialdemokraten 14, Anarchisten, die sich freisinnig nennen, 15, radikal 10; nicht näher zu differenzieren, aber durchaus radikal 50, zusammen 262. Zu B. Die Absolutisten mit 19, gemäßigter Fortschritt 30, Oktoberverband 13, Verband der Rechtsordnung 4, Handelspartei 14, zusammen 80. Zu C. Partei der demokratischen Reform 1, Polnisches Kolo 32, Letten 2, Litauer 3, Ukrainer 5, Kutenen 8 und gemäßigte Kadetten, die oben nicht berücksichtigt wurden, 15, zusammen 66. Sämtliche Anhänger der ausgesprochen republikanischen Parteien waren untereinander verbunden in der sogenannten „Arbeitsgruppe“. Diese bildete infolgedessen mit 142 Mitgliedern die stärkste disziplinierte taktische Einheit in der Duma. Übrigens eine Tatsache, die die Kadetten immer zu verheimlichen suchten, hinter der sie sich aber auf dem vierten Parteitage zu Helfingsfors versteckten, um sich vor ihren Wählern zu entschuldigen. Von den 66 Autonomisten können 40 zur Arbeitsgruppe, der Rest (26) zu den Kadetten gezählt werden. Die taktischen Einheiten in der Duma stellten sich somit folgendermaßen dar: 182 bewußt kämpfende Republikaner unter Führung der Arbeitsgruppe, 146 Autonomisten unter Führung der Kadetten, die es der Entscheidung durch die „Mehrheit“ überließen, ob die Monarchie in Rußland beibehalten werden soll oder nicht, und schließlich 80 bewußte Anhänger der Monarchie.

Das Verhältnis der drei Gruppen zueinander fällt noch ungünstiger aus, wenn wir ihre politische Ausbildung und ihre Kampffähigkeiten in Betracht ziehen. Während die Republikaner und die Autonomisten fast ohne Ausnahme schon viele, einzelne sogar dreißig Jahre lang im politischen Kampfe stehen, während sie außerhalb des Hauses über eine ausgezeichnet geleitete Parteipresse verfügten, Hunderte, Tausende von Agitatoren zur Hand hatten, und während jede der beiden Gruppen mindestens dreißig geschulte Parlamentsredner und darunter solche von hervorragender Rednergabe hatten, konnte die rechte, monarchische Gruppe nur mit drei gewiegten Politikern (Graf Heyden, M. A. Stachowitsch und Fürst Wolkonski) in die Redeschlacht eintreten, hatte

*) Das Wochenblatt der R.-D. Nr. 17 gibt auf Seite 1107 bis 1116 die Stärke der Kadettenfraktion mit 171 an. Dennoch halte ich mich berechtigt, an meinen Zahlen festzuhalten, die ja nur unter Berücksichtigung von 408 Abgeordneten richtig sein sollen. Auch ohne diese Einwendung scheinen mir jedoch die offiziellen Angaben nicht ganz einwandfrei, wenn ich bedenke, daß von diesen 171 nur 96 den Wiborger Aufruf unterschrieben haben. Dagegen kann die Zahl gelten, wenn wir sie unter „Autonomisten“ setzen; die Gesamtstärke dieser Gruppe dürfte dann mit 171 plus 26 = 197 ziemlich richtig angegeben sein.

keine Agitatoren und keine Presse von Belang. Die drei Vorkämpfer waren darum rein physisch nicht imstande, gegen den Redestrom von links aufzukommen.

So sah die Duma aus, als die Kadetten ein Ministerium aus ihrer Mitte und Amnestie für alle politischen Gefangnen, die sich nach dem 17. (30.) Oktober 1905 gegen das Gesetz vergangen hatten, forderten. Es gab auch Tage, wo Goremykin, der Ministerpräsident, beeinflusst durch den Justizminister Stscheglowitow beim Zaren für ein Kadettenkabinett eintreten wollte. Wohin das geführt hätte, brauchen wir kaum zu erläutern. Es genügt uns, daß Professor Gredeskul, der zweite Vizepräsident der Duma, selbst ein R.=D., in Nummer 173 des Parteiorgans Njetsch eingestand: „Man vergleicht unsre Partei, ich glaube durchaus mit Recht, mit den Girondisten in Frankreich.“ Sollte wirklich der Fehler des französischen Königs vom Oktober 1791 im Juni 1906 durch den Zaren wiederholt werden? Nein, das durfte nicht geschehn! Die Regierungsgewalt war stark, wenn sie stark sein wollte. Die wirkliche Mehrheit des Volks stand hinter ihr, ebenso wie das Militär. Sie brauchte sich von Dorfschreibern, Statistkern und Dorfschullehrern keine Vorschriften machen zu lassen, auch wenn diese durch die Vermittlung von Professoren, Adelsmarschällen und davongelaufenen Beamten eingebracht wurden. Das Kabinett war sogar so stark, daß es selbst die reaktionärsten Maßnahmen ergreifen konnte, wenn es solche gewollt hätte, und wenn es nur konsequent für ihre Durchführung sorgte. Rückschritt hatten aber die Staatsleiter durchaus nicht im Sinne. Der Zar und die von ihm beachteten Berater waren darin einig, daß ein liberaler Reformweg betreten werden mußte, sollte die Zukunft des Reichs nicht noch schwererer Gefahr ausgesetzt werden. Ich hatte in jenen Wochen wiederholt Gelegenheit, mit leitenden Staatsmännern über alle die schwebenden Fragen zu sprechen, und kann es deshalb bestätigen, daß die Kardinalfrage immer und immer wieder aufgeworfen wurde: „Wie ist eine Dumaauflösung zu vermeiden?“ Wie schon erwähnt worden ist, soll Stscheglowitow geglaubt haben, ein Kadettenministerium könne die gedachte Aufgabe durchführen. Die Gewährung der Amnestie sollte die Brücke schlagen helfen. Das Kabinett war bereit, die Amnestie beim Zaren zu erwirken, forderte aber von den Volksvertretern, insonderheit von den Kadetten, sie sollten öffentlich ihrem Abscheu vor dem politischen Mord Ausdruck geben. Die Kadetten weigerten sich. Einer ihrer Führer, mit dem ich darüber eingehender sprach, erklärte: „Wir würden allen Rückhalt im Volke verlieren und auf Gnade und Ungnade den Regierungsvertretern ausgeliefert sein — darum ist es unmöglich!“

Der Herr hatte Recht. Die 182 Republikaner unter Führung der Arbeitsgruppe wären von den Kadetten abgerückt, und diese hätten Anschluß nach rechts suchen müssen, wollten sie nicht allen Einfluß verlieren. Das aber durften sie nach den Vorschriften ihres Parteiprogramms nicht. Als auch

dieses Mittel, die Kadetten von den Revolutionären zu trennen, mißlang, sah das Kabinett ein, daß mit der Duma in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung keinerlei Arbeit zu leisten wäre, die zur Anbahnung der geforderten großen Reformen führen konnte. Also Auflösung!

Die Frage war nun, wie diese Auflösung herbeizuführen sei, ohne die Bevölkerung noch mehr zu erregen, und ohne den an sich schon arg gefährdeten Staatskredit im Auslande zu schädigen. Das Inland, vor allen Dingen die Bauern, das städtische Proletariat und die Studenten waren von der radikalen Linken energisch bearbeitet worden, während das Ausland von den „Gelehrten“ der Kadettenpartei teils direkt, teils durch Vermittlung der ausländischen Korrespondenten hier mit „Aufklärung“ überschüttet wurde.

* * *

Trotz allen Schwierigkeiten übernahm es P. A. Stolypin — schon als Minister des Innern die Seele des Kabinetts —, die Auflösung der Duma vorzubereiten. Ihm standen dafür zwei Wege offen: die Herausbeschwörung eines parlamentarischen Konflikts oder die Verhaftung der Dumaabgeordneten, die nachgewiesenermaßen im Lande die Revolution schürten. Im zweiten Falle wäre vielleicht sogar die Dumaauflösung unnötig gewesen, wenn der Minister nur hätte rechtzeitig den Nachweis erbringen können, in welchem Umfange sich die Vertreter der Arbeitsgruppe an der Revolutionierung der Massen beteiligten. Auf Grund von Mitteilungen seitens rechts stehender Parlamentarier ist vielfach die Ansicht verbreitet worden, als hätte das Kabinett die ihm zugegangnen Dokumente über die revolutionäre Organisation veröffentlichten können. Tatsächlich hätte sie alsdann aber die Entscheidung noch weiter hinauschieben müssen, sollten ihr nicht die Hauptschürer durch die Maschen gehn. Durch eine solche Hinausschiebung wäre aber unbedingt eine Stärkung der Organisation und eine vermehrte Aufwiegelung der Massen herbeigeführt worden. Die Regierung war somit in der Durchführung ihrer Aufgabe der Duma gegenüber zeitlich beschränkt. Der Ausbruch der Meuterei in Sweaborg und Kronstadt beweist, wie recht sie mit ihrer Auffassung hatte. Es blieb nur der andre Weg übrig — der parlamentarische Konflikt. Die Duma führte ihn selbst herbei.

Zweiundvierzig Mitglieder der konstitutionell-demokratischen Partei hatten einen Agrarentwurf eingebracht, der darauf hinauslief, den Übergang zu späterer allgemeiner Verstaatlichung des Grund und Bodens herzustellen. Die tatsächliche Verfügung über das gesamte Land sollte dem Staat übertragen werden. Vorläufig begnügte man sich zwar, dem Staate nur das Recht einzuräumen zu wollen, Großgrundbesitzern das Land gegen eine angemessene Entschädigung abnehmen zu dürfen, um es landlosen Bauern zur Bearbeitung zu überlassen. Der Begriff „gemeinnützig“ sollte viel weiter gefaßt werden, als wie das z. B. in der deutschen Gesetzgebung geschieht. Es sollte möglich sein,

in einem stark bevölkerten Kreise sämtliche Gutsbesitzer gegen eine staatlich festzusetzende Entschädigung von ihrer Scholle zu treiben und an ihre Stelle Bauern zu setzen. Mögen die Gutsbesitzer wollen oder nicht. Der Entwurf vertritt weit mehr enge Interessen der demokratischen und sozialrevolutionären Parteien als die des ganzen Landes und erhält dadurch unbedingt den Stempel des Klassenkampfes. Es kam anscheinend hier mehr darauf an, die bisher herrschenden Klassen der Grundlagen ihrer Macht zu entkleiden, als den Bauern wirklich zu helfen. Denn eine noch so große Vermehrung des Bauernlandes würde durchaus nicht gleichbedeutend mit Hilfe sein. Nur durch Aufhebung der Ausnahmegeetze, wie das durch den Ukas vom 6. (19.) Oktober geschehn ist, durch Wegebau und Volksschulen kann die Lage der Bauern ganz allmählich gehoben werden. Sie müssen erst intensiv wirtschaften lernen. Das Kabinett seinerseits erklärte im Programm vom 13. (26.) Mai, daß es unter keinen Umständen die Hand dazu bieten würde, die eben dargelegten Prinzipien in die Praxis zu übertragen.

Nun sollte die Regierung gezwungen werden. Zunächst wurde auf sie „moralisch“ eingewirkt — durch Interpellationen. 379 Interpellationen wurden in 38 Sitzungen eingebracht! Jede Interpellation bot Gelegenheit, die einzelnen Minister wie die Bureaucratie überhaupt mit Schmutz zu bewerfen. Die beklagenswerten Vorgänge in Bjalystok und die Mißhandlung des Abgeordneten Sjedjelnikow durch niedere Polizeiorgane boten reichen Anlaß zu Angriffen. Aber die Volksvertreter folgerten aus solchen Erscheinungen, deren Ursachen längst bekannt waren, nicht, daß sie nun doppelt schnell mit Gesetzen hervortreten mußten, die diese Ursachen beseitigten, sondern verloren sich in ihrem blinden Haß in Kleinigkeiten. Man erinnere sich nur der Zeit, die auf den Bericht über Bjalystok verloren wurde. Gewiß handelte es sich damals um Hunderte von Opfern! Was aber sind die in einem Volk von 140 Millionen, das auf Reformen wartete! Die großen, allerdings mühsamern Aufgaben wurden aus dem Auge verloren. Mit demagogischen Mitteln wollte man die Macht an sich reißen. Man versuchte das Kabinett mit großen Worten einzuschüchtern. Winawer, Roditschew, Aladjin, Schilkin u. a. leisteten Gewaltiges auf dem Gebiete der Dialektik und hätten — wie wir gesehen haben — beinahe damit Erfolg gehabt.

Neben dieser rein demagogischen Tätigkeit ging scheinbar auch gesetzgeberische. Wenigstens arbeitete eine Kommission von 91 Mitgliedern trotz der Ankündigung des Ministerpräsidenten das erwähnte Agrarprogramm im Sinne der Linken aus. Nach Lage der Dinge kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als sollte auch diese Arbeit hauptsächlich ein Werkzeug demagogischer Taktik liefern. Die Kadetten hofften, das Ministerium würde nicht wagen, den ersten von ihnen eingebrachten großen Gesetzentwurf abzuweisen, es würde aber auch nicht die Verantwortung für ihn übernehmen und darum demissionieren. Alsdann, kalkulierten die Kadettenführer, würde dem Zaren

nichts übrig bleiben, als ein Kadettenministerium bilden zu lassen. Daß aber das Ministerium bleiben könnte oder gar wagen würde, die Duma aufzulösen, daran dachten nur wenige. Während dieses heimlichen aber erbitterten Kampfes zwischen den Kadetten und dem Kabinett bereiteten sich die Revolutionäre in der Duma für alle Möglichkeiten vor. Die „Arbeitsgruppe“ machte sich zur Zentrale für die Organisation der Landbevölkerung. In den Gouvernements fuhren Agitatoren — darunter viele Abgeordnete — von Stadt zu Stadt und von Dorf zu Dorf und belehrten das Volk über die Bedeutung des Agrarentwurfs. Sollte er abgelehnt werden, dann sollte der Aufstand losbrechen, und Gutsbesitzer und Fabrikanten sollten davongejagt werden. Man rechnete damit, Mitte September loszuschlagen zu können. Für den Fall der Annahme des Gesetzesentwurfs sollten sich die Bauern „mit friedlichen Mitteln der ihnen zustehenden Gutsländereien bemächtigen. Eure Abgeordneten sind mit euch!“

Alles in allem ging eine ungefüme, Besorgnis erregende Arbeit vor sich. Sie schien Erfolg zu haben. Aus der Provinz liefen Hunderte von Adressen ein, die mit Hunderten und Tausenden von Namen bedeckt waren, und die hier in Petersburg den Eindruck hervorrufen sollten, als warteten Millionen Bauern nur auf das Zeichen der Duma. Dann würden sie die Sensen gerade schmieden und gegen die Gutshöfe zu marschieren! In und um Petersburg versuchten die Abgeordneten, sich vor allen Dingen Eingang bei den Garderegimentern zu verschaffen, während andre Agitatoren auf die Arbeiterschaft wirkten. An Sonn- und Feiertagen fanden Dutzende von Meetings statt, die aber hauptsächlich von harmlosen Sommergästen der Datschenorte, Weibern und Kindern besucht wurden und mehr den Charakter einer lustigen Schauausstellung als den politischer Agitation trugen.

Schlimm sah es freilich an der Wolga, im Südwestgebiet, in Kronstadt und in Sweaborg aus.

Der Bizegouverneur von Woronesh, Koch, telegraphierte am 27. Juni a. St. an den Abgeordneten Kusmin-Karawajew:

Im Namen der Liebe zum vielgeprüften Volk flehen wir die Duma an, einen Aufruf an das Volk zu erlassen. Fordert sie zur Geduld und zum festen Glauben an die fruchtbringende Tätigkeit der Duma auf. Die sinkende Hoffnung und aussichtslose Not treiben sie in den Wahnsinn. Eben bin ich von Agrarunruhen zurückgekehrt. Mein Herz zuckt zusammen vor dem Erlebten. Kaum kann ich Tränen zurückhalten. Nur durch Freundlichkeit und Liebe kann man dem bevorstehenden Blutvergießen vorbeugen, davon habe ich mich überzeugt. Ein andres Mittel gibt es nicht. Eilen Sie. Erbarmen Sie sich der Heimat. Bizegouverneur Koch

Wenn schon ein Vertreter der Regierungsgewalt so verzagt dreinschaut, dann gewinnt ein Rundschreiben des „Hauptbureaus im südlichen Rayon des Allrussischen Bauernbundes“ doppelte Bedeutung. Es heißt darin:

Laßt in jedem Dorf Versammlungen abhalten; wo das aber nicht möglich sein sollte, laßt die zielbewußten Bauern zu geheimen Zusammenkünften zusammen-

treten. An diesen Versammlungen oder geheimen Zusammenkünften sollen sowohl die erwachsenen Frauen wie auch die Jugend beider Geschlechter teilnehmen, nur nicht solche, die jünger sind als zwanzig Jahre. Auf diesen Versammlungen und Zusammenkünften muß gemeinsam festgestellt werden: wieviel zugeteiltes Land die Dorfgemeinde besitzt, wie groß der bäuerliche Privatbesitz ist, wieviel Kirchenland und wieviel Kronland vorhanden ist, wieviel urbares Land, Acker, Wiese, Dresch-
 tennen, Gärten, Weinberge, und was sonst noch von kultiviertem Lande zum Dorf gehört. Darauf ist festzustellen, wieviel und was für Land die benachbarten Gutsbesitzer haben. Dann soll man sich besprechen, wie über das Land verfügt werden soll: ob es denen, die es persönlich bearbeiten wollen, zur Nutznießung übergeben werden soll, oder ob es an die Bauern verteilt und als Eigentum mit Kaufs- und Verkaufsrecht überwiesen werden soll. Wenn alle diese Fragen geklärt sind, und auch die Zahl der auf der in Betracht kommenden Fläche lebenden Bevölkerung festgestellt ist, soll jedes Dorf einen Abgeordneten wählen. Alle Dorf-
 abgeordneten innerhalb einer Wolost bilden das Wolost-Agrarkomitee. (Eine Wolost umfaßt ungefähr fünfzig Dörfer.) Die Abgeordneten können Männer und Frauen, Mädchen und Burschen, die nicht weniger als zwanzig Jahre alt sind, sein. Die Abgeordneten haben sich an einem verabredeten Platz zu versammeln, falls es ihnen nicht möglich sein sollte, in dem Dorf zusammenzukommen, worin sich das Wolostamt befindet. Wenn sich alle versammelt haben, sollen die Abgeordneten eines jeden Dorfes aussagen, wie auf ihrer Versammlung über das Land verfügt worden ist. Wenn nicht überall dasselbe beschlossen wurde, also in irgendeiner Frage Meinungsverschiedenheiten bestehen, so muß der Beschluß angenommen werden, für den sich am meisten Stimmen ausgesprochen haben.

U. Pjeschekonow (Ruskoje Bogatstvo, September 1906, S. 163 ff.), selbst ein revolutionärer Narodnik, also ein Mann, dem die Sozialisten kaum Böswilligkeit vorwerfen können, nennt das Rundschreiben des Hauptbureaus eine Aufforderung zur Bildung einer neuen, republikanischen Regierung von „unten herauf“. Er führt den Plan der Sozialrevolutionäre weiter aus und kommt zu dem Schluß, daß er zur Bildung von Tausenden zeitweilig selbständigen Republiken führen müßte, wenn er überhaupt durchführbar wäre. Für uns kommt es hier nur darauf an, zu zeigen, was für Mühe sich die Revolutionäre geben, und wie sie den Agrarreformwurf der Linken ausnutzen. Hätte die Regierung länger gezögert, dann wäre es zeitweilig an vielen Orten zur Bildung der molekularen Republiken gekommen. Den ungebildeten Bauern wird die Möglichkeit in Aussicht gestellt, sich der Gutsländereien zu bemächtigen, während auf der andern Seite erklärt wird: „Nur die Reichsduma kann auch darin behilflich sein.“

In der Duma selbst steigerte sich die Schwüle bis zur Unerträglichkeit. Anfänglich hatte Roditschew erklärt, jeder Abgeordnete würde sich eher töten lassen, als mit leeren Händen zu seinen Wählern zurückzukehren, dann beteuerten verschiedene Redner, Millionen Bauern würden aufstehn, sobald die Duma sie zu ihrem Schutze rief. Schilkin brachte eine Steigerung in den Unfug durch den Hinweis, daß es nur den Abgeordneten zu danken sei, wenn noch kein Aufstand (sic!) ausgebrochen sei, sobald aber die fortgesetzten Beruhigungen durch die Duma aufhörten, dann würde das genügen, den Sturm

zu entfesseln. Den Siedepunkt aber erreichte Alladjin von der Arbeitsgruppe am 22. Juni, als er im Namen seiner Freunde erklärte, kein Minister würde mehr im Hause zu Wort kommen, und er weise jede Verantwortung für die Sicherheit der Person der Minister im Hause von sich, wenn noch ein einzigesmal ein Abgeordneter von der Polizei mißhandelt werden sollte! Namens der Rechten protestierte hiergegen Graf Heyden sehr energisch und für sich persönlich der Kadett Rabokow. Der Dumapäsident Murontzow fand keinen Grund einzugreifen. Im Hinblick auf die Stellung der Linken zum politischen Mord wirft dieser Vorgang ein trauriges Licht auf das sittliche Niveau, bei dem die Duma schon nach wenig Wochen angekommen war! Allerdings haben gewisse Regierungsvertreter durch ein unqualifizierbares Verhalten im Sitzungssaale solcher Demoralisierung Vorschub geleistet.

St. Petersburg, den 15. Oktober 1906



Vor vierzig Jahren

Erinnerungen von Otto Kaemmel

2. Vom westlichen nach dem östlichen Kriegsschauplatz



in klarer Sunitag lag über der anmutigen Landschaft, die sich südlich von Göttingen nach der hessischen Grenze ausdehnt. An allen Stationen standen hannöversche Soldaten, in Münden erwarteten dichte Menschenmassen unsern Zug, offenbar in der Erwartung, daß er neue Nachrichten bringe. Als er in Kassel einfuhr, stand oben an der Böschung, die den Zugang zu dem sehr stattlichen Bahnhose beherrschte, ein Zug Jäger, und der ganze Bahnhof war von Militär überfüllt in einer der preußischen gleichenden Uniform. Waren die Preußen wirklich schon in Kassel? Aber wozu dann die Geschütze und Munitionswagen, die aufgefahen waren, wozu die sichtliche Unruhe und Hast, die alles erfüllte? Dazu die Antwort des Bahnhofsinpektors, der offenbar nicht wußte, wo ihm der Kopf stand, auf meine Frage, wann ein Zug nach Eisenach abgehe, erst müsse er die Militärzüge wegbringen, morgen werde wohl ein Zug dorthin abfahren. Was war das? Der Dienstoffmann, der mich nach einem nahen Hotel begleitete, gab mir den peinlichen Aufschluß: der Kurfürst habe das preußische Ultimatum abgelehnt und sei noch auf Wilhelmshöhe, die Truppen seien im Rückzuge auf Hanau, die Schienen seien bei Bebra auf der Strecke nach Eisenach aufgerissen. Also war ich abgesehnt und hatte un- freiwillige Muße, das Schauspiel der Räumung Kassels zu betrachten. Un- unterbrochen kamen Geschütze und Wagen an, aber schlagfertig waren diese Truppen (etwa 4000 Mann) offenbar nicht. Die Geschütze, zum Teil gezogne,